

Donnerstag (Nachmittag), 18. März 2021 / 1

2. Priorität – Sicherheitsdirektion / – Direction de la sécurité

119 2020.RRGR.205 Motion 154-2020 Schneider (Biel/Bienne, SVP)
Mehr Transparenz bei Radarkontrollen

119 2020.RRGR.205 Motion 154-2020 Schneider (Biel/Bienne, UDC)
Plus de transparence lors de contrôles radar

Präsident. Nächster Punkt auf der Tagesordnung ist Traktandum 119, eine Motion von Grossrätin Sandra Schneider; sie ist aus der Wintersession verschoben, «Mehr Transparenz bei Radarkontrollen». Der Regierungsrat empfiehlt Ablehnung dieser Motion. Ich gebe der Vorstösserin das Wort, Grossrätin Schneider.

Sandra Schneider, Biel/Bienne (SVP). In diesem Vorstoss geht es um ein Staatsgeheimnis. Es geht darum, wo überall der Kanton seine Radarkästen aufstellt. In einem Wohnquartier oder in der Nähe von Schulen oder Kindergärten macht ein Blitz durchaus Sinn. Aber Hand aufs Herz: Es gibt auch Standorte, wo es in erster Linie nur darum geht, das Kässeli des Kantons zu füllen. Ein bekanntes Beispiel dafür ist auf der Autobahn A6 zwischen Schüpfen und Schönbühl: eine schnurgerade Autobahn, wo es vom Sicherheitsaspekt her einerlei ist, ob 120 oder 130 Stundenkilometer gefahren wird.

Aber ich möchte jetzt nicht das zu schnelle Fahren in Schutz nehmen oder über Sinn und Unsinn von Geschwindigkeitsmessungen diskutieren, sondern in meinem Vorstoss geht es um mehr Transparenz – Transparenz darüber, wo die verschiedenen Radare stehen. Dass es auch mit der Bekanntgabe dieser Standorte geht, zeigt ein Blick in die Ostschweiz. Der Kanton St. Gallen informiert bereits heute auf seiner Internetseite über die aktuellen Standorte von diversen Radar. Dort kann man jetzt beispielsweise unkompliziert lesen, dass sich ein solches semistationäres Radar in Wil an der Fürstenlandstrasse befindet. St. Gallen ist ein Beispiel, das der Kanton Bern problemlos übernehmen könnte. Radaranlagen sollen der Sicherheit dienen und nicht der Einnahmenoptimierung der Kantonskasse. Dazu sollen die Leute sehen können, wo der Kanton seine Messgeräte aufstellt.

Ich bitte Sie deshalb, einen weiteren Schritt in Richtung Transparenz zu machen und meinem Vorstoss zuzustimmen.

Präsident. Wir hören die Positionen der Fraktionen. Den Anfang macht Grossrat Philip Kohli für die Mitte-Fraktion.

Philip Kohli, Bern (Die Mitte). Schon vor fünf Jahren hat sich der Grosse Rat mit einer ähnlichen Motion für feste Radarkontrollen auseinandersetzen müssen und diese auch mit deutlichem Mehr abgelehnt. Nun wird auch die Publikation von mobilen Geschwindigkeitskontrollen verlangt. Vielleicht möchte die Motionärin einfach den Sinn dieser Geschwindigkeitskontrollen nicht begreifen. Dies ist – wie sie es zwar auch gesagt hat – für die Sicherheit der Strassenverkehrsteilnehmenden. Kontrollen sind weder Selbstzweck der Verwaltung, noch dienen sie dazu, Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer absichtlich zu verärgern. Ganz sicher sind sie aber kein Mittel, weitere Steuererhöhungen zu vermeiden.

Die Motionärin sagt es selber: Sie würde gerne zwischen Schüpfen und Schönbühl, wo die Autobahn so schön gerade ist, freie Fahrt haben. Damit weiss sie ja haargenau, wo diese Kontrollen gemacht werden. Weshalb braucht sie dann noch eine Publikation dieses Standorts im Internet? Dann müsste sie jeden Tag bevor sie losfährt, nachschauen gehen, wo diese aufgestellt sind, und die nächste Motion wäre dann, dass wir mit der Session eine Viertelstunde später beginnen, weil alle noch schauen gehen müssen, wo diese Kontrollen stattfinden.

Spass beiseite. Wenn alle wissen, wo diese Kontrollen gemacht werden, würden dort auch alle schön korrekt fahren. Davor und danach würden dies aber viele eben nicht tun, und das würde die

Sicherheit von uns allen gefährden. Dies würde nachher die Radaranlagen kosten und keine Einnahmen generieren. Das ist wirklich nicht so sinnvoll, und das ist es auch nicht wirklich wert. Ich glaube darum auch nicht, dass es Sinn macht, jetzt noch weitere Argumente anzufügen, weshalb diese Kontrollen nötig sind und warum eine Publikation den Zweck vereiteln würde. Auch rechtliche Erwägungen würden vermutlich an dieser Stelle nicht viel bringen. Deshalb beantrage ich Ihnen im Namen der Mitte-Fraktion einstimmig, diese Motion abzulehnen.

Und ganz persönlich, liebe Sandra, möchte ich dir noch Folgendes auf den Weg geben: Ich habe schon sehr viel, sehr viel in dieses Kässeli bezahlt, und deshalb lege ich dir ans Herz, noch etwas Geduld zu haben, und wenn die Grenzen wieder ganz offen sind, einfach nach Deutschland fahren zu gehen und die sehnlich gewünschte Rasermöglichkeit zu geniessen. Gute Fahrt. (*Heiterkeit / Hilarité*)

Präsident. Dies kommentiere ich nun mal nicht. (*Heiterkeit / Hilarité*) Grossrat Thomas Gerber für die grüne Fraktion.

Thomas Gerber, Hinterkappelen (Grüne). Ich versuche, Ihnen kurz ein paar Dinge zu sagen, weshalb es dazu gekommen ist, dass man überhaupt Radarkontrollen macht. Bis Anfang der 1970er-Jahre hatten wir noch gar keine Geschwindigkeitsbegrenzungen. Man hatte damals aber auch noch nicht Autos oder «Chäre», die viel über 130 Stundenkilometer fahren konnten. Man hat es dann einmal auf 130 Stundenkilometer beschränkt – dies kam mit dem Erdölschock. In den 1980er-Jahren ging man auf 120 Stundenkilometer hinunter. Damals hatten wir etwa 1200 Verkehrstote. Das Ziel war, unter 1000 Verkehrstote zu kommen. Es gab eine riesige Anstrengung von Forschung, Ingenieuren und Versicherungen, damit man dieses Ziel erreichen konnte.

2019 hatten wir noch 187 Verkehrstote! Dazu beigetragen haben Airbag, Gurten, Aufprallschutz, bessere Reifen, bessere Beläge und natürlich nicht zuletzt die Reduktion der Geschwindigkeiten. Zudem erhöht eine Geschwindigkeitsreduktion natürlich auch die Kapazität des Strassennetzes.

Weil es aber immer noch Leute gibt, welche die Autobahn mit einer Rennstrecke verwechseln, macht es überhaupt keinen Sinn, auch noch Zeit und Ort der Radarkontrollen bekanntzugeben. Deshalb lehnt die grüne Fraktion diese Motion einstimmig ab. Danke für die Aufmerksamkeit.

Michael Ritter, Burgdorf (glp). Die Glp-Fraktion wird die Motion von Grossrätin Schneider ablehnen. Die Problematik, die hier angesprochen wird, ist die Bekanntgabe von Geschwindigkeitskontrollen durch die Polizei. Das Bundesrecht – das steht so in der Antwort des Regierungsrates – verbietet Warnungen von Verkehrskontrollen, sogar durch Private. Dies ist europaweit im Vergleich sehr streng, soviel ich weiss. Persönliche Meinung, nicht abgesprochen mit der Fraktion, geht mir relativ weit, ich halte die Meinungsäusserungsfreiheit da sehr hoch. Es ist natürlich ein wenig eine Ansichtssache. Dies ist aber Sache der Bundespolitik, und die Partei von Grossrätin Schneider ist ja in den eidgenössischen Räten auch vertreten.

Was Frau Grossrätin Schneider hier aber will, ist einfach viel, viel mehr. Es geht viel, viel weiter. Sie verlangt, dass sogar die Polizei selber diese Standorte von Geschwindigkeitskontrollen publiziert – und zwar sogar von mobilen und stationären. Ich lege dem Rat dringend nahe, dass man dies ablehnt, weil hier – unbewusst, nehme ich an – ein Einfallstor geöffnet wird, das eine fatale Entwicklung einleitet, welche die Polizeiarbeit massiv schwächt. Wenn nämlich so etwas kommt, ist es einfach absehbar, dass bald auch Vorstösse kommen, welche die Veröffentlichung von anderen Polizeidispositiven, auch in anderen Bereichen als den Geschwindigkeitskontrollen, fordern. Und ich kann es jetzt nicht sein lassen – normalerweise stichle ich hier nicht so, aber es muss jetzt gerade ein wenig sein: Ja, Veröffentlichung der Standorte der Polizeikräfte bei unbewilligten Demonstrationen im Bereich der Reitschule Bern: Frau Grossrätin Schneider, möchten Sie dies unterstützen? Ich nicht. Aber ich lehne halt auch Ihre Motion ab, auch wenn ich mit meinem Ford K auch schon zu schnell gefahren bin. Dies muss ich ehrlich sagen; aber dies kann hier nicht das Ziel sein. Sie sind undurchdacht – die Folgen, die dieser Vorstoss hat. Ich mache dem Grossen Rat wirklich beliebt, dass man dies ablehnt.

Hans Schär, Schönried (FDP). Mehr Transparenz bei Radarkontrollen: Die Standorte für Geschwindigkeitskontrollen im Kanton Bern sollten publiziert werden. Dies tönt natürlich gut. Wer hat sich nicht schon geärgert und aufgeregt, wenn er im Briefkasten eine Bussenrechnung hat entgegennehmen dürfen?

Eine Publikation im Internet geht aus unserer Sicht zu weit. Bereits heute sind viele legale und ille-

gale Produkte im Einsatz, die uns über Radarkontrollen vorweg warnen können. Grundsätzlich geht es nicht darum, zusätzliche Steuergelder einzutreiben. Wir alle wollen einen vernünftigen, flüssigen und sicheren Verkehr. Dies erwarten wir für uns alle. Auf den Strassen müssen sich alle an die Regeln halten. Die Sicherheit auf den Strassen würde sicher nicht besser. Eine Zunahme der Raser wäre gerade die Folge. Deshalb lehnt die FDP diesen Vorstoss einstimmig ab.

Präsident. Sprecherin der SP-JUSO-PSA-Fraktion ist Grossrätin Béatrice Stucki.

Béatrice Stucki, Bern (SP). Die Motionärin fordert Transparenz bei Radarkontrollen. Transparenz ist eigentlich ein positiv besetzter Begriff, aber wenn eine solche Forderung ausgerechnet von der SVP kommt, wird unsere Fraktion stutzig. Die SVP ist bekanntlich keine Kämpferin für mehr Transparenz – etwa wenn es um die Steuern geht, Parteienfinanzierung oder das Offenlegen von Interessenbindungen. Weshalb also wie hier ausgerechnet bei Radarkontrollen Transparenz? Radarkontrollen sind notorischen Rasern ein Dorn im Auge. Wir schliessen also aus dieser Forderung, dass es im Kreis der SVP-Leute offenbar recht viele Raser geben könnte oder vielleicht in ihrem Freundeskreis oder im Partei Umfeld. Offensichtlich hat die SVP das Erbe der Autopartei angetreten. Radarkontrollen haben den Zweck, das Verhalten zu beurteilen und zu schauen, ob sich jemand an das Gesetz und an die Spielregeln hält. Kontrolliert werden aber nicht die Kenntnisse der Autofahrenden über die Verkehrsregeln, sondern ihr Verhalten. Wie der Regierungsrat richtig schreibt, würden sich die Autofahrerinnen und Autofahrer sicher im Bereich der Messstellen schön brav an die Vorschriften halten, wenn diese Standorte bekanntgegeben würden. Aber das Ziel der Radarkontrollen ist letztlich eine pädagogische Massnahme, nämlich jene, dass sich alle Autofahrenden an die Vorschriften halten sollen. Diese würde zunichtegemacht, wenn die Radarkontrollen bekannt wären. Der Überraschungseffekt ist also entscheidend, damit die Autofahrerinnen und Autofahrer sich an die Vorschriften und Regeln halten.

Die Fahrgäste in den öffentlichen Verkehrsmitteln müssen auch jederzeit mit Kontrollen rechnen, damit das Schwarzfahren eben nicht so häufig ist. Es gibt hier keine Ankündigung im Sinne von: Achtung, liebe Fahrgäste, morgen führen wir dann Ticketkontrollen durch. Bei der Kontrolle des motorisierten Verkehrs geht es um die Sicherheit der Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer. Es muss allen klar sein, dass wir die Sicherheit und letztlich dann auch den Verkehrsfluss verbessern wollen.

Rücksichtsloses Verhalten hat keinen Platz auf unseren Strassen, und die Verkehrssicherheit ist wichtiger als das Portemonnaie und die Lust von gewissen Leuten, die PS ihres Autos auszureizen. Das Ego von gewissen Autofahrerinnen und Autofahrern hat auf unseren Strassen keinen Platz. Lassen wir die Verkehrspolizei also ihre Arbeit tun. Wir sind Ihnen dankbar dafür und lehnen diesen Vorstoss ab.

Präsident. Einfach im Sinne einer Ankündigung: Ich werde dieses und das nächste Geschäft noch zur Abstimmung bringen, auch wenn wir allenfalls einige Minuten länger hätten. – Der nächste Fraktionssprecher ist Grossrat Hanspeter Steiner für die EVP.

Hanspeter Steiner, Boll (EVP). Mehr Transparenz bei Radarkontrollen ist die Forderung dieser Motion. Im Strassenverkehr gelten Vorschriften wie zum Beispiel auch vorgegebene Geschwindigkeitsvorschriften und -vorgaben. Liebe Sandra, wir kennen keine freie Fahrt auf Schweizer Strassen, auch nicht zwischen Schüpfen und Schönbühl. Die Standorte der Radarkontrollen öffentlich zu publizieren, würde dazu führen, dass jene, die sich nicht an die Geschwindigkeitsvorgaben halten wollen, sozusagen einen Freibrief erhielten, um ihren inneren Drang auszuleben. Ob ich vorge-schriebene Geschwindigkeiten einhalte, liegt alleine in meiner Verantwortung. Für jene, die damit Schwierigkeiten haben, gibt es Hilfsmöglichkeiten oder Hilfsmittel. Bei mir ist es meine Frau, wenn sie dabei ist. (*Heiterkeit / Hilarité*) Wenn ich alleine bin, dann ist es der Tempomat, und diesen haben heute doch die meisten in ihren Autos, und er wäre eigentlich da, um ihn zu nutzen. Wenn man dann aber für absichtliches Zu-schnell-Fahren den Staat als Geldeintreiber hinstellen will: Dafür haben wir definitiv kein Verständnis. Die EVP muss diese Motion einstimmig ablehnen.

Werner Moser, Landiswil (SVP). Standorte der Radarkontrollen ausserorts im Internet festschreiben, ist die Forderung von Kollegin Sandra Schneider. Hierfür gibt es sicher Vor- und Nachteile. Der eine Vorteil wäre sicher, dass bei Radarkontrollen dort langsamer gefahren wird, wo man misst. Dies ist sicher ein Vorteil. Ein weiterer könnte sein, dass dieser Vorstoss sich auf ausserorts be-

schränkt. Deshalb wären sicherheitsrelevante Orte in diesem Sinne ausgenommen.

Was gibt es aber dagegen zu sagen? Die vorgeschriebenen Geschwindigkeiten sind bekannt und sind einzuhalten. Sie sind für alle gültig, und hier ist vielleicht auch gerade ein Problem. Wenn wir sehen, dass dies im Internet publiziert werden soll: Wir haben auch noch viele Leute, die nicht ins Internet schauen gehen, wo man in ein Radar hineinkommen könnte, bevor sie abfahren. Und weiter, was sicher auch ein Nachteil wäre, ist: Raser könnten sich orientieren, wo diese Anlagen stehen und sich dort ausweichend verhalten.

Persönlich – das darf ich hier sagen – habe ich leider auch schon Bussen einsacken dürfen oder müssen, zum Glück bisher immer nur im tiefsten Bereich, den es gab. Deshalb muss ich sagen: Ich persönlich bin gegen diesen Vorstoss. Ich muss natürlich auch klar sagen: Als Bauer bin ich an Kontrollen gewöhnt. Zum Teil sind es eben auch unangemeldete, und dann muss man einfach auf alles gefasst sein, was vorgeschrieben ist.

Ich muss jetzt jene enttäuschen, die das Gefühl haben, der grosse Teil der SVP werde zustimmen. Es wird hier auch ähnlich gehen, wie es Markus mit dem Blumenstrauß erwähnt hat: Auch wir werden uneinheitlich abstimmen.

Katharina Baumann-Berger, Münsingen (EDU). So ungern, wie wir alle diese Blitzer haben, stellen wir sie doch eigentlich nicht grundsätzlich in Frage. Der erzieherische oder sicherheitsbedingte Aspekt leuchtet uns allen ein, und Transparenz tönt hier irgendwie ein wenig nach einer bestimmten Stelle. Wir kennen nämlich ein Beispiel, das sehr transparent ist: auf der Strecke Thun–Bern. Dies ist ein blühendes Beispiel dafür, wie chaotisch dies wird, denn dort bedeutet es ein schnelles Anfahren und dann wieder auf Null Herunterbrechen. Dies ist eine richtig stressvolle Sache, denn jeder weiss, wo diese Blitzer dort stehen, und ich finde es immer ein wenig komisch, auf dieser Strecke zu fahren. Also: Dies bringt mehr Fragen als Antworten, und wenn ich mir vorstelle, dass ich am Morgen anstelle vom Zeitung lesen schauen muss, wo diese Blitzer stehen, ist dies einfach ein enormer Stress. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend und denke, Sie stimmen richtig ab.

Präsident. Dann haben wir noch ein Einzelvotum. Dies hat Grossrat Alexander Feuz.

Alexander Feuz, Bern (SVP). Ich mache es knapp und fahre zügig. Also wie gesagt: Ich gehöre zu jenen, die für diese Motion sind. Und zwar möchte ich ... Ich wurde vorhin ein wenig provoziert. Es wurde gesagt, in den 1970er-Jahren habe es noch wenige Autos gegeben, die hohe Geschwindigkeiten über 130 Stundenkilometer hätten überschreiten können. Schauen Sie einmal in die 1930er- und 1940er-Jahre. Da gab es Bugattis, Delagos und Delaunays; diese fuhren damals schon 130 oder 140 Stundenkilometer. Auch schon in den 1960er- und 1970er-Jahren haben Alfa Romeos, gewisse sportliche Fiats und Mercedes schon weit schneller fahren können. Aber damals waren die Autos noch wesentlich unsicherer. Denken Sie daran: Es gab kein ABS, es gab nicht diese Hilfsmittel wie heute, und technisch war man viel weiter zurück. Es war sicher riskanter.

Ich bin nicht deswegen nach vorne gekommen, sondern zu einem Punkt: Man spricht immer von international, man soll in den Nachbarländern schauen. Schauen Sie Frankreich an, wenn sie dort in den Ferien sind. Dort haben Sie immer, wenn eine Radarkontrolle ist, irgendetwas wie «Attention radar controle». Das sehen Sie auf der Rhone-Autobahn oder ausserorts. Ich bin häufig in der Gegend der Alpilles. Da gibt es diese Signalisationen. Deshalb bin ich der Meinung, man könne dies sehr wohl machen. Und – jemand, der dann die Fahrt macht, kann ja die Sache anschauen oder nicht. Ich habe eher folgenden Verdacht – deshalb ist auch die Motion richtig formuliert: Man hat natürlich an gewissen Orten schöne Fallen. Dort machen wir nachher die Radarkontrollen, wo es möglichst viele Leute erwischt. Bei einem Schulhaus ist dies völlig richtig. Dort muss man die Leute auch sanktionieren. Es gibt ja Möglichkeiten, dass die Polizei eine Überwachungsfahrt macht, jemandem hintennach fährt. Dies können Sie immer noch. Ich bitte Sie, diese Motion zu unterstützen.

Präsident. Dann gebe ich der Motionärin noch einmal das Wort, Grossrätin Sandra Schneider.

Sandra Schneider, Biel/Bienne (SVP). Ich glaube, ich muss hier aus Transparenzgründen auch noch offenlegen, wie viele Bussen ich wegen Geschwindigkeitsüberschreitungen gehabt habe: nämlich genau eine wegen vielleicht zwei oder drei Stundenkilometern. Also ich bin absolut keine Raserin – wenn Sie mich hier in diese Ecke stellen wollten.

Nein, um es noch einmal zu sagen: Es geht hier um absolute Transparenz. Kollege Feuz hat es vorhin gerade richtig gesagt. In Frankreich gibt es Schilder: Achtung, es kommt ein Radar. Im Kan-

ton Neuenburg oder Waadt – ich bin gerade nicht mehr ganz sicher – gibt es ebenfalls Schilder: Heute hat man 200 Bussen verteilt, heute hat man 100 Bussen verteilt. Absolut kein Problem. Der Kanton Bern sollte nun endlich auch einen Schritt in die Digitalisierung machen und hier Transparenz schaffen, wo diese Radarkästen stehen. Es führt zu mehr Sicherheit, weil die Leute dann nachher genau dort, an diesen Strassen nicht unbedingt schneller fahren, sondern eben die gegebenen Geschwindigkeiten einhalten. Ich bitte Sie deshalb, offen zu sein, für Transparenz einzustehen und meinem Vorstoss zuzustimmen.

Präsident. Dann gebe ich das Wort dem Sicherheitsdirektor, Regierungsrat Philippe Müller.

Philippe Müller, Sicherheitsdirektor. Der Regierungsrat hat sich im Jahr 2015 bei der Beantwortung eines ähnlichen Vorstosses bereits mit der Thematik beschäftigt, und der Regierungsrat ist nach wie vor der Meinung, dass eine Publikation der Standorte mit Geschwindigkeitskontrollen nicht sinnvoll ist. Geschwindigkeitskontrollen dienen schliesslich nicht einem Selbstzweck, sondern sie helfen der Verkehrssicherheit. In Fachkreisen herrscht Einigkeit darüber, dass es ohne Kontrollen und ohne Sanktionen viel mehr Verstösse gegen Geschwindigkeitsbegrenzungen geben und Verkehrsteilnehmende weniger vorsichtig fahren würden.

Die Auswahl der Standorte für Geschwindigkeitsmessungen stützt sich auf die Analysen der Kantonspolizei, Absprachen mit Gemeinden oder Meldungen aus der Bevölkerung zu Strassenabschnitten, wo oft mit überhöhter Geschwindigkeit gefahren und damit die Verkehrssicherheit gefährdet wird. Indem Geschwindigkeitskontrollen nicht angekündigt und Messstandorte nicht publik gemacht werden, müssen die Fahrzeuglenkenden eben überall mit einer Kontrolle rechnen. Sie fahren entsprechend vorsichtiger.

Neben dem Kanton St. Gallen – der übrigens nur die semistationären Standorte publiziert und nicht alle – geben einzig die Kantone Schwyz und Schaffhausen teilweise die Standorte ihrer Geschwindigkeitskontrollen bekannt. Alle anderen Kantone machen dies aus guten Gründen nicht. Der Regierungsrat bittet Sie, diese Motion abzulehnen.

Präsident. Dann kommen wir zur Beschlussfassung zum Traktandum 119, eine Motion von Grossrätin Sandra Schneider, «Mehr Transparenz bei Radarkontrollen»: Wer diese Motion annimmt, stimmt Ja, wer sie ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (2020.RRGR.205)

Vote (2020.RRGR.205)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 19

Nein / Non 125

Enthalten / Abstentions 1

Präsident. Sie haben diese Motion abgelehnt, mit 125 Nein- gegen 19 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung.